

Das Kollektiv Quai du Bas 30 fordert bessere Bedingungen für Asylbewerbende

Bis Ende Sommer sollen 66 Flüchtlinge in die Direktorenvilla am Unteren Quai 30 einziehen. Das Kollektiv, das dort Räume nutzt, stellt nun Forderungen. Der Kanton zeigt sich gesprächsbereit.



In der ehemaligen Direktorenvilla auf dem Bühler-Areal will der Kanton Bern bis zu 66 abgewiesene Asylbewerbende unterbringen.

Bild: Anne-Camille Vaucher

Donna Leonie Gallagher/pi

Die kantonalen Behörden hatten es im Dezember letzten Jahres angekündigt: In der sogenannten Direktorenvilla auf dem ehemaligen Bühler-Areal am Unteren Quai 30 in Biel soll ein Rückkehrzentrum für Familien mit Kindern und alleinstehende Frauen eingerichtet werden. Die übrigen Gebäude auf dem Gelände sind seit einem Jahr vom Verein Quai du Bas 30 mit einem Zwischennutzungsvertrag belegt.

Letzte Woche hat das Kollektiv in einem offenen Brief an Kanton und Stadt deutlich gemacht, dass es sich gegen die Bedingungen in der geplanten Unterkunft wehrt. Dabei geht es nicht grundsätzlich um die Aufnahme von Flüchtlingen: Die Nutzer des Bühler-Areals begrüssen die Unterbringung der Menschen in der Stadt und nicht wie bisher im abgelegenen Zentrum von Bellelay. Was das Kollektiv stört, sind die Verhältnisse am neuen Unterbringungsort.

Nicht weniger als 66 Personen sollen in der zweistö-

ckigen Direktorenvilla einquartiert werden. Früher hätten hier wohl höchstens zehn Leute gewohnt. «Das sind keine akzeptablen Lebensbedingungen», kommentiert Noah, Mitglied des Vereins Quai du Bas 30, im Gespräch mit «TeleBilingue». Das Kollektiv fordert deshalb vom Kanton Bern eine bessere Behandlung der ausreisepflichtigen Menschen. «Wir verlangen zudem wirksame Schallschutzmassnahmen gegen Strassen- und Bahn-

«Wir wollen die Flüchtlinge in die Projekte integrieren.»

Noah und Yoshi
Kollektiv Quai du Bas 30

lärm», ergänzt Yoshi, ein weiteres Mitglied des Kollektivs.

Wollen keinen Sicherheitsdienst

Zu den Empfehlungen gehört auch der Wunsch, das Gelände nicht einzuzäunen. «Eine Umzäunung wäre uns ein Dorn im Auge», sagt Yoshi. Das Areal sei frei zugänglich und das solle so bleiben. Leider haben die kantonalen Behörden im Moment andere Pläne. Aus dem gleich-

Feststimmung auf dem Bühler-Areal

Seit einem Jahr belebt der Verein Quai du Bas 30 das ehemalige Industriegelände. Nach der illegalen Besetzung von 2023 gewährt der Kanton Bern dem Kollektiv seit April 2024 einen Mietvertrag zur Zwischennutzung. Zur Feier des ersten Geburtstags hat der Verein am letzten Samstag einen festlichen Tag auf die Beine gestellt.

chen Grund lehnt das Kollektiv die Anwesenheit von Personal der Sicherheitsfirma Securitas auf dem Gelände ab. Zudem sollten die Flüchtlinge das Recht haben, Verwandte in ihre provisorische Bleibe einzuladen.

Die Liste der Forderungen ist lang: Zugang zu öffentlichen Schulen und Kindergärten statt Unterricht in den Räumlichkeiten der Unterkunft, bedarfsge- rechte Sport- und Spielmöglichkeiten, ausreichend qualifiziertes

Auktionen, Gesangsunterricht und Filmvorführungen standen auf dem Programm. Die Veranstalter der Feierlichkeiten blicken zufrieden auf das erste Jahr zurück: «Lange war unser Projekt von Unsicherheit geprägt. Niemand wusste, ob wir diesen Ort nutzen können», sagt ein Verantwortlicher des Kollektivs.

Personal mit Ausbildung in Sozialarbeit, Pädagogik und interkultureller Kompetenz oder etwa finanziell gesicherte Versorgung mit Lebensmitteln, denn die geplante Verteilung von Kantinenessen oder Essenspaketen sei keine adäquate Alternative.

Der Verein Quai du Bas 30 will seine Aktivitäten nicht einstellen, wenn das Rückkehrzentrum die Räume in der Direktorenvilla bezieht. Seit einem Jahr belebt es das Bühler-Areal mit Workshops, Kon-

zerten oder Partys. «Wir wollen die Flüchtlinge in all diese Projekte integrieren», sagen Noah und Yoshi.

Erstes Treffen ist für diese Woche geplant

Das Wohl und die Integration der Geflüchteten, die sich oft in einer prekären Lage befinden, sind die treibenden Kräfte hinter dem offenen Brief des Kollektivs. «Uns ist klar, dass sich das nationale Asylsystem nicht ändern wird. Aber wir können wenigstens die Situation der Menschen verbessern, die hier untergebracht sind», sagt Yoshi. Er hofft, dass dieser Ansatz in der Gesellschaft Anklang findet.

Bisher hat der Kanton positiv auf die Bitte um einen Dialog reagiert. Ein Treffen zwischen der Aktivistengruppe und den Behörden ist für diese Woche geplant. «Ich weiss nicht, ob wir eine Chance haben, gehört zu werden, aber ich hoffe es», so Yoshi. Zumindest zeigen die kantonalen Verantwortlichen ein offenes Ohr. Wenn alles nach Plan läuft, werden die ersten Flüchtlinge im Spätsommer 2025 einziehen.